

008. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 21.01.2010

Rede von MdL Kerstin Lauterbach zum Antrag der Fraktion DIE LINKE in Drs 5/818
„Startfinanzierung für künftige Landärzte in Sachsen“

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Damen und Herren Abgeordneten,

das Thema Ärztemangel wird uns auch in der neuen Wahlperiode nicht los lassen.
Die Linke fordert mit Ihrem Antrag eine Startfinanzierung für neue Hausärztinnen und Ärzte in ländlichen Regionen in Sachsen.

Es gab bereits eine solche Starthilfe von den Krankenkassen. Diese wurde jedoch eingestellt. Sie konnte nachweislich sehr hilfreich im Landkreis Torgau-Oschatz zur akuten Beseitigung des Ärztemangels eingesetzt werden. Wir erwarten, dass die Staatsregierung aus Haushaltsmitteln Hausärzte, die eine Praxis in unterversorgten Regionen eröffnen wollen, mit einer Startfinanzierung von 50 Tausend Euro unterstützt.

Der Antrag der Grünen beinhaltet langfristige Forderungen, denen wir uns durchaus anschließen können. Unser Antrag zielt auf eine Sofortmaßnahme, beides ist dringend notwendig.

Nun zu Ihrer Antwort auf unseren Antrag Frau Staatsministerin.

Sie schreiben: „Die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung ist eine originäre Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen.“ Das sehe ich nicht so und auch Herr Dr. Köhler als Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung nicht.

Der Staat hat die Pflicht der Daseinsfürsorge.

Der Staat hat eine flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung zu garantieren. Der Staat hat lediglich diese Aufgabe delegiert an die Kassenärztliche Vereinigung.

Das darf er tun. Damit ist die medizinische Versorgung eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Kassenärztlicher Vereinigung.

Falls unsere Kassenärztliche Vereinigung in Sachsen warum auch immer, hier offensichtlich wegen akuten Ärztemangels, nicht mehr in der Lage ist den medizinischen Versorgungsauftrag zu erfüllen, dann fällt diese Aufgabe vollständig an den Staat zurück, denn dieser hat die Pflicht zur Sicherstellung. Es sind dann selbst geeignete Maßnahmen einzuleiten.

Sie schreiben sich in ihrer Antwort lediglich eine moderierende Aufgabe zu. Das reicht nicht Frau Staatsministerin. Die Staatsregierung muss endlich über ihre bisherige Moderatorenrolle hinausgehen und ihrer Verantwortung für die gesundheitliche Daseinsvorsorge gerecht werden, anstatt nur Hoffnungen auf den Bund zu setzen. Angesichts des gesundheitspolitischen Kurses der Bundesregierung, der vorrangig auf Marktmechanismen setzt, sind keine wirklichen Impulse für die Überwindung des Ärztemangels in Sachsen zu erwarten.

Sie wollen, dass die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum „gesichert bleibt“.

Das halte ich für einen ganz schlechten Witz. Ihnen ist sehr wohl bekannt, dass in Sachsen bereits 600 Ärzte fehlen Das ist die offizielle Zahl. Und Sie geben mir hier so eine Antwort.

Sie schreiben weiter: „Sachsen hat das Problem frühzeitig erkannt und steuert mit den zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen. Ich glaub es nicht. Die bisherigen Maßnahmen der

sächsischen Staatsregierung zur Überwindung des Ärztemangels haben sich als völlig unzureichend erwiesen.

Die viel zu spät eingeleiteten, unzureichenden Einzelmaßnahmen sind zudem weit von einem unverzichtbaren Gesamtkonzept entfernt. Die Linken haben das Problem seit 10 Jahren auf die Tagesordnung gesetzt und wurden verlacht.

Sie gehen sehr ausführlich auf die Förderung von Medizinstudenten ein in Ihrer Antwort. 50 Studenten jährlich zu fördern und das über 3 Jahre = 150. Das ist etwas wenig?

Nun wollen Sie warten, bis dieses Förderprogramm auch wirklich greift. Diese Zeit haben Sie nicht Frau Claus.

Sie müssen bessere Rahmenbedingungen schaffen. Die Arbeitsbedingungen für junge Ärzte auf dem Land sind nicht optimal. Die Infrastruktur stimmt nicht. Es gibt wenig Schulen in der Fläche und keine Arbeit für die Partner.

Hier kann sicher die Landesebene mit den Kommunen ein gemeinsames Projekt starten. Es kann natürlich nicht so aussehen, wie Herr Dr. Köhler als Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung sich das vorstellt. Er möchte gern Landambulatorien – ja ich auch, aber nicht auf Kosten der jetzt schon so arg gebeutelten Kommunen. Aber warum nicht eine Förderung durch die Landesebene für Landambulatorien in Kommunen.

Bereits bei den letzten Haushaltsdebatten haben wir beantragt, ein Landesprogramm aufzulegen welches die Einrichtung von Ärztezentren, die wir durchaus Polikliniken nennen dürfen, und Gemeinschaftspraxen fördert. Natürlich lehnten sie diese Vorschläge ab.

Was wir brauchen ist erst einmal eine richtige Arbeitsgrundlage. Die Planung der Versorgung muss sich am Krankenstand der Patienten in den Jahren 2020-2025 richten und nicht an Maßzahlen des Jahres 1991. Wir müssen heute wissen wie viel Ärzte für unsere älter werdenden Patienten im Jahr 2025 notwendig sind, um die Bevölkerung gut und fachgerecht zu versorgen. Darauf müssen Sie aufbauen und ein Gesamtkonzept erstellen.

Das Frau Staatsministerin müssen Sie auch auf Bundesebene mit durchsetzen.

Werte Damen und Herren,

Gesundheitspolitik heißt: Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung rund um die Uhr und auf qualitativ hohem Niveau.

Alle gesetzlich Versicherten müssen unabhängig vom sozialen Status wohnortnah immer einen Arzt ihrer Wahl aufsuchen können. Um Unterversorgung zu vermeiden braucht es vieler Komponenten, neue Formen der ärztlichen Zusammenarbeit, konzeptionelle Arbeit und auch die Verantwortung für die Daseinsvorsorge für unsere Bevölkerung durch den Staat.

Was es nicht braucht und was Sie zurzeit praktizieren, ist ein Verwalten der Mangelerscheinung, von der wir nicht einmal wissen, wie groß sie ist. Es muss langfristig klar sein, wo wir welche Ärzte brauchen und wie der Staat langfristig dieses Problem klärt.

Diese Planung muss den besonderen Bedürfnissen der Bevölkerung der Dörfer, Klein-, Mittel- und Großstätte angepasst werden. Wir brauchen eine kleinräumige Bedarfsplanung mit einer ganzheitlichen Betrachtung. Wir brauchen dazu den Staat, denn der hat die Verantwortung und kein anderer.

Frau Staatsministerin: „Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.“ Das kann ich in Ihrer Antwort nicht erkennen.